

Peter Niesen (Hg.)

TRANSNATIONALE GERECHTIGKEIT UND DEMOKRATIE

NORMATIVE ORDERS

campus

Inhalt

Transnationale Gerechtigkeit und Demokratie: Ein exploratives Forschungsprogramm <i>Peter Niesen</i>	7
--	---

I. Gerechtigkeit und Demokratie jenseits des Staates

Transnationale Gerechtigkeit und Demokratie: Zur Überwindung von drei Dogmen der politischen Theorie <i>Rainer Forst</i>	29
--	----

Zwei Konzeptionen staatlicher Souveränität und ihre Implikationen für die Gestaltung globaler Institutionen <i>Miriam Ronzoni</i>	49
---	----

Kosmopolitismus und das Problem politischer Zugehörigkeit <i>Ayelet Banai</i>	77
--	----

(Is) Fair Enough? – Legitimation internationalen Regierens durch deliberative Verfahren <i>Nicole Deitelhoff</i>	103
--	-----

Demokratieförderung als Aufgabe globaler Gerechtigkeit <i>Dorothea Gädeke</i>	131
--	-----

II. Transnationales Regieren und demokratische Legitimität

Was kann Volkssouveränität angesichts globalen Regierens
noch bedeuten?

Frank Nullmeier 161

Legitimitätsbedarf und Legitimation privater Selbstregulierung
am Fall der *lex sportiva*

Klaus Dieter Wolf 189

Zur demokratischen Legitimität der Überprüfungstätigkeit
internationaler Gerichtshöfe

Andreas von Staden 215

Demokratieförderung durch Einschränkung des
Rohstoff- und Kreditprivilegs?

Sabrina Engelmann 251

Accountability und politische Öffentlichkeit im Zeitalter
des globalen Regierens

Jens Steffek 279

Kosmopolitismus in einem Land

Peter Niesen 311

Autorinnen und Autoren 341

Transnationale Gerechtigkeit und Demokratie: Ein exploratives Forschungsprogramm

Peter Niesen

1. Das Programm

Dieser Band versammelt Beiträge zu dem Projekt »Transnationale Gerechtigkeit und Demokratie«, einem Arbeitszusammenhang, der sich von 2008 bis 2011 innerhalb des Exzellenzclusters *Die Herausbildung normativer Ordnungen* formierte.¹ Es handelte sich um ein gemeinsames Unternehmen zweier Fachdisziplinen, Politischer Theorie und Internationaler Beziehungen, die sich aus verschiedenen Perspektiven der Entwicklung grenzüberschreitender Ordnungen widmen. Die übergreifende Problemstellung des in explorativer Absicht unternommenen Projekts lautete, wie die empirischen Entwicklungen transnationaler politischer Ordnungen unter normative Begriffe gebracht werden können. Längst beschäftigen sich die Internationalen Beziehungen ja mit Legitimitätsfragen nicht mehr nur aus funktionaler Sicht, und die Politische Theorie ignoriert sozialwissenschaftliche Diagnosen nur um den Preis der Irrelevanz (Zürn 2011). Beide reagieren jedoch unterschiedlich auf das Faktum der Globalisierung, nämlich auf den Umstand, dass eine einzelstaatliche Einhegung von Problemen in wesentlichen Politikfeldern nicht mehr vorausgesetzt werden kann, ganz zu schweigen von der Bereitstellung von Lösungen. Aus dem Reservoir beider Teildisziplinen standen zunächst verschiedene normative Grundbegriffe zur Verfügung, um Politikprozesse, Ergebnisse und vor allem Institutionen zu evaluieren: Frieden, Staatenkonsens, Effizienz, Effektivität, Gerechtigkeit, Demokratie. Von den Begriffen Gerechtigkeit und Demokratie ging dabei die größte Provokation aus. Während das völkerrechtliche Konzept

¹ Der Projektentwurf stammte von Nicole Deitelhoff, Rainer Forst, Peter Niesen und Klaus Dieter Wolf; zu den Projektbeteiligten gehörten im Laufe der Jahre Friedrich Arndt, Ayelet Banai, Mahmoud Bassiouni, Angela Marciniak, Andreas von Staden, Lisbeth Zimmermann und Linda Wallbott. Im Folgenden bediene ich mich freihändig auch gemeinsam erarbeiteter Formulierungen. Von Kseniya Filonenkos Einsatz hat die Endredaktion des Bandes sehr profitiert.

des Staatenkonsenses ebenso wie die funktionalen Begriffe von Frieden, effizientem und effektivem Regieren von vornherein für Kontexte jenseits des Staates maßgeschneidert war, konnte dies für Gerechtigkeit und Demokratie nicht gelten. Für sie war allererst zu erweisen, dass sie in ihrer Anwendung auf grenzüberschreitende Zusammenhänge nicht ihre Präzision und Verbindlichkeit verlieren müssen. Gleichzeitig beanspruchen Gerechtigkeit und Demokratie überall dort, wo sie überhaupt anwendbar scheinen, Vorrang. Während Frieden, Effizienz und Effektivität Werte von hohem Rang sind, gegenüber denen aber immer auch andere Werte ins Spiel gebracht werden können, erheben Gerechtigkeit und Demokratie Anspruch auf Normativität im engeren Sinn, also unmittelbare Sollgeltung. Während die Erhaltung des Friedens sich ebenso wie effektives staatliches und überstaatliches Regieren regelmäßig legitimitätsorientierten Korrekturen beugen muss, liegen die Kategorien von Gerechtigkeit und Demokratie vorläufig abschließenden, nicht leicht zugunsten anderer Gesichtspunkte revidierbaren Legitimitätsurteilen zugrunde. Ihre Attraktivität als normative Grundbegriffe, aber auch ihre Schwierigkeit liegt darin, dass sie das letzte Wort beanspruchen.

Dass überhaupt von Gerechtigkeit und Demokratie in nicht-staatlichen Kontexten geredet wird, ist eine jüngere und kontroverse Entwicklung. Zwar setzt sich innerhalb der Theorie der Gerechtigkeit zunehmend durch, was in der Theorie der Demokratie stärker umstritten ist, nämlich dass normative Ordnungen auch dort, wo sie die Grenzen des Staates überschreiten, sich ihren Anforderungen nicht entziehen können. Trotzdem kann eine kurze Erinnerung nützlich sein. In genealogischer Perspektive wird deutlich, dass beide Grundbegriffe bis vor wenigen Jahrzehnten kaum anders denn aus der Innenperspektive politischer Gemeinwesen verstanden wurden. Von wichtigen, aber thematisch eng umgrenzten Ausnahmen wie der Theorie des gerechten Krieges abgesehen, werden beide Grundbegriffe seit der Antike auf politische Gemeinwesen, seit der frühen Neuzeit vorrangig auf die Innenstruktur von Staaten bezogen (vgl. Rawls 2008; Horn/Scarano 2002; Ladwig 2011). Die dichten Interaktionen innerhalb eines eingegrenzten, flächenmäßig oft überschaubaren Territoriums, aber auch der hierarchische Charakter der auf es bezogenen Ordnung, spannten den Horizont für Gerechtigkeitsfragen auf und stellten zugleich die Implementationsbedingungen gerechter Verhältnisse bereit. Auch Demokratie wurde als normative Ordnung überschaubarer politischer Gemeinwesen entwickelt – dass es sich bei ihr überhaupt um ein Modell für große

Flächenstaaten handeln konnte, war lange umstritten. Noch heute werden kleinräumige Gemeinwesen und überschaubare Zusammenhänge politischer Machtausübung wenn nicht als notwendige Bedingungen von Demokratie überhaupt, so doch als Voraussetzungen von in höchstem Grad demokratischer Politik angesehen (Maus 2011).

Es ist empirischen Entwicklungen geschuldet, dass beide Begriffe auf ihre Angemessenheit für grenzüberschreitende Verhältnisse überprüft werden müssen. Zunehmend enger werdende wirtschaftliche Verbindungen sorgen dafür, dass globale Ungleichheiten nicht mehr einfach als Schicksal, sondern als Verletzung gerechter Ansprüche angesehen werden. Immer verbindlicher, ausgefeilter und invasiver werdende überstaatliche Regulierungsformen lassen kaum mehr zu, sie nicht auch als Bestandteile einer Herrschaftsordnung wahrzunehmen, die tief in die Freiheitsspielräume der Unterworfenen eingreift und ihnen daher demokratische Rechenschaft schuldet. Doch die Vielzahl der normativen Probleme – Menschenrechtsverletzungen, Autokratie, Armut, Positionsnachteile im globalen Wettbewerb – und die wuchernde Vielfalt neuer Regelungsarrangements verweigern sich einer einfachen Übertragung der normativen Grundbegriffe auf die nächsthöhere Ebene. Häufig sind komplexe Problemlagen von globalen und innerstaatlichen Einflüssen überdeterminiert, so dass auch ihre Beurteilung nach Gerechtigkeit und Demokratie gleichzeitig einzelstaatlichen und überstaatlichen Prozessen Rechnung tragen muss (Zimmermann et al. 2010). Meist ist offen, ob es die neuen, vorgeblich problemlösenden Mechanismen selbst oder nicht vielmehr die durch sie entlasteten traditionellen Träger öffentlicher Autorität sind, auf die Gerechtigkeits- und Demokratiestandards nach wie vor anzuwenden wären. Schließlich ist unklar, ob die ko-extensive Verwendung beider Grundbegriffe, die für staatliche Ordnungen galt, sich jenseits des Staates wiederherstellen lässt. Die leitende Frage lautet also, ob und wie sich Gerechtigkeit und Demokratie jenseits ihrer ursprünglichen Anwendungsbedingungen verstehen lassen. Ihre Beantwortung ist Aufgabe einer Internationalen Politischen Theorie, eines Unternehmens in der Schnittmenge von Politischer Theorie und Internationaler Politik.²

² Vgl. dazu die Beiträge von Deitelhoff, Forst und Niesen zum Schwerpunkt »Internationale Politische Theorie« der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* (2010). Einige der in diesem Band versammelten Beiträge wurden in ihren Rohfassungen auf der Konferenz »Internationale Politische Theorie«, veranstaltet vom »Normative Ordnungen«-Cluster